



Am Wochenende weiter zu Fuß

Daran haben wir uns gewöhnt: Der 932er Bus bringt uns zur Bahn und holt uns dort wieder ab. Das ist montags bis freitags eine Selbstverständlichkeit. Aber der Landkreis hat als Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs den Antrag der Gemeinde abgelehnt, den Bus auch am Wochenende von Petershagen-Nord über Eggersdorf zum S-Bahnhof Strausberg fahren zu lassen, wie es sich viele Bürger und Gäste für jeden Tag des Jahres wünschen. Außerdem wollen sie das mit viel Geld modernisierte, barrierefreie Strandbad sowie das AWO-Seniorenheim mit dem Bus und im Sommer ohne Ärger wegen der zugeparkten Anliegerstraßen erreichen können.

Das brandenburgische ÖPNV-Gesetz räumt den Kommunen in § 3 Abs. 3a jedoch ein, auch selbst mit den Verkehrsbetrieben Verträge abzuschließen. Die Fraktion DIE LINKE brachte am 15. Oktober einen Beschlussantrag in die Gemeindevertretung ein, der Bürgermeister möge bei der Busverkehre Märkisch-Oderland GmbH Kostenvorstellungen und Modalitäten zu einem Busverkehr am Wochenende erkunden, um ggf. entsprechende Verhandlungen aufnehmen zu können. Dazu wäre natürlich ein weiterer Beschluss erforderlich.

Der Antrag enthielt ebenfalls Vorschläge, bei anfangs geringer anzunehmenden Fahrgastzahlen im Sommer zunächst mit Kleinbussen zu fahren und im Winter ein Ruftaxisystem anzubieten.

Die Gemeindevertretung lehnte den von uns getragenen Antrag mit 13 Nein-Stimmen und einer Enthaltung ab.

Damit ist die Linksfraktion (bisher) die einzige, die diese wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsfürsorge und im Sinne der urbanen Weiterentwicklung des Ortes ernsthaft lösen will.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Körner, Fraktionsvorsitzender

**ars communalis wünscht allen
Lesern friedliche Weihnachtstage
und ein gesundes Neues Jahr!**

Endlich nachhaltige Entscheidungen treffen! Eine NEUE GRUNDSCHULE wird gebraucht

Nach wie vor wächst unsere Gemeinde, besonders durch den Zuzug von Familien mit Kindern. Aktuell liegt die Einwohnerzahl schon bei 15.000. In den nächsten Jahren reden wir über einen weiteren Zuwachs von 2.000 bis 3.000 Einwohnern bis zum Jahre 2025.

Dieser absehbaren Entwicklung hat der Bürgermeister mit seiner Verwaltung in den letzten zehn Jahren mit seinen halbherzigen Entscheidungen und ohne ein nachhaltiges Konzept zur Schaffung neuer, ausreichender Kita- und Schulplätze zu haben, kaum Rechnung getragen. Ständige An- und Umbauten der Grundschulen in Petershagen und Eggersdorf werden den wachsenden Schülerzahlen und der Umsetzung moderner Unterrichtsmethoden in Zukunft nicht gerecht.

Daran ändert die in Eggersdorf gerade begonnene Baumaßnahme, die schon seit Jahren überfällig ist, für den Bedarf an Schulraum im ganzen Ort ebenfalls nichts. Die Fertigstellung ist für 2017 vorgesehen. Auch zukünftig bleibt diese Schule zweizügig und wenigstens die befristete Sonderbetriebsgenehmigung wegen des Raum Mangels im Hort kann dann entfallen. Jüngst musste beschlossen werden, viel Geld für ein Provisorium in Petershagen auszugeben. Die für den Standort Dorfstraße angeschafften Containerräume kosten die Gemeindekasse weit über 600.000 €!

Nun soll auch in Petershagen wieder an- und umgebaut werden, um diese Schule 4-zügig betreiben zu können. Die Gesamtdauer dieses Vorhabens, das bei laufendem Schulbetrieb abschnittsweise zu realisieren wäre, wird mit 4 Jahren veranschlagt...

Mittlerweile gibt es einen zeitweiligen Ausschuss der Gemeindevertretung, der sich um die Erweiterung der Grundschulen kümmern soll.

Die benachbarten Grundstücksflächen zur Grundschule am Dorfanger in Petershagen sind kaum ausreichend. Selbst ein Umzug des Bauhofes ins Gewerbegebiet und ein entsprechender Abriss bringen zeitlich

und räumlich kaum Vorteile für alle Beteiligten. Bei jeder Schulerweiterung ist auch die entsprechende Hortkapazität zu schaffen.

Haupteinwand gegen eine 4zügige Erweiterung der Petershagener Grundschule ist jedoch ihre Lage am südwestlichen Ortsrand. Das bedeutet für viele Schüler auch unnötig lange Wege.

Deshalb sollte nach unserer Auffassung unverzüglich der komplette Neubau einer 2-3zügigen Grundschule in Petershagen-Nord oder in der Pohrtschen Siedlung geplant werden. Erste Sondierungen ergaben, dass dafür im weiteren Umfeld des S-Bahnhofes Möglichkeiten gesehen werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- kein Aufwand für teure Anpassungen an Bestandsbauten,
- konsequente Barrierefreiheit im Neubau,
- schnelle Baufreiheit,
- kompakte und energieeffiziente Gestaltung,
- keine Beeinträchtigung des laufenden Schulbetriebs,
- deutliche Kosteneinsparung und Zeitgewinn
- wesentlich kürzere Schulwege für mehrere hundert Kinder

Dieser Neubau sollte so angelegt sein, dass er bei späterem Bedarf selbst nach Jahrzehnten unkompliziert ergänzt oder in Teilen umfunktioniert werden kann. Gut vorstellbar erscheint auch eine neue Kita „gleich nebenan“. Kitaplätze sind ja ebenfalls Mangelware.

Das weitere Wachsen unseres Ortes wird sich vor allem nördlich der S-Bahn abspielen. Dort liegen nach Aussagen des Bauamtes die größten noch zu erschließenden Bauflächen. So sind die Abgeordneten gefordert, mutig in die Zukunft zu planen und nicht mehr dem Bürgermeister in seiner ängstlichen Investitionspolitik zu folgen, die letztendlich nur zu Fehlentscheidungen führt.

Thomas Petrick

Es war einmal...

So begannen früher die Märchen. Könige saßen auf ihren Reichtümern und gaben manchmal sogar ein paar Goldstücke davon ab, wenigstens, wenn das Märchen gut ausgehen sollte.

Diese Herrscher aus der Vergangenheit würden heute vor Neid erblassen, denn für die Reichtümer des 21. Jahrhunderts wären ihre Schatullen deutlich zu klein. Heute hantieren Staaten, Firmen und sogar einzelne Personen rund um den Erdball oft in Sekunden mit Beträgen, die gemessen daran, was Menschen für ein gutes Leben wirklich brauchen, kaum vorstellbar erscheinen.

Schon in der Märchenwelt war die Frage unpopulär, wie die „besseren Leute“ zu ihrem Wohlstand gekommen sind. Daran hat sich nicht so viel verändert. Deutscher Fleiß, Können und Tugend allein hätten uns nicht unser heutiges Leben in Westeuropa ermöglicht. Seit mehr als 50 Jahren haben „Gast“arbeiter und Zuwanderer z. B. aus Italien, Spanien und der Türkei zu Millionen daran mitgearbeitet, oft ohne dafür gerecht entlohnt worden zu sein. Außerdem lassen die Industriestaaten vielerorts in der Welt billiger produzieren als es zu Hause jemals möglich ist.

So aufgestellt bedeutet es nicht wirklich Entbehrungen für Deutschland, dem aus purer Gier zusammengebrochenen Bankensystem 236.000.000.000 Rettungseuro hinterher zu werfen. Das ging aber vergleichsweise „schnell und unbürokratisch“.

Seit 1990 sind – in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen – auch mehr als 3,5 Millionen (!) Spätaussiedler hierher gekommen. Sie sind aufgenommen, versorgt und weitgehend integriert worden. Auch das dürfte Kosten verursacht haben, doch es funktioniert.

Nun kommen aber hunderttausende Menschen zu uns, die in der Mehrzahl vor Not, Verfolgung und Krieg in ihrer Heimat fliehen. Sie fliehen vor Katastrophen, an denen die westliche Welt mit der Unterstützung manchen Diktators, Waffenlieferungen, Militäreinsätzen und unfairer Handel mitschuldig ist. Die Bilder ihrer Flucht sind oft so erbärmlich, wie wir sie seit dem Ende des II. Weltkrieges hier nicht mehr gesehen haben.

„Bei den Bundesbürgern macht sich zunehmend Angst breit, dass diejenigen, die Woche für Woche zu Tausenden mühelos über die Grenze kommen, das Sozialsystem sprengen und den Wohnungs- und Arbeitsmarkt zum Kollabieren bringen.“

Nach vorsichtigen Schätzungen werden 1,5 Millionen erwartet. Viele fragen sich: Wieso kommen die noch? Wissen die nicht, dass wir keine Wohnungen und Stellen haben? In Stuttgart brann-ten Gegner ein Übergangsheim bis auf die Grundmauern nieder...“

Zitat: DER SPIEGEL vom 19. Februar 1990 zum Ansturm der DDR-Bürger auf Westdeutschland

Und trotzdem: Wenn man mein Haus zerschießt und meine Angehörigen tötet, würde auch ich laufen, so weit die Beine tragen und ich möchte irgendwo wenigstens wie ein Mensch aufgenommen werden.

Willkommen in Deutschland? So steht es zumindest im dem Grundgesetz, mit dem die meisten Deutschen bisher kein Problem hatten. Ich auch nicht. Ein Problem habe ich aber nicht erst seit 2015 mit der EU, die in strategischen Fragen weit entfernt von gemeinsamer Verantwortung und einem gemeinsamen Handeln ist. Vergleichsweise wenige Milliarden rechtzeitig für Flüchtlingshilfe in Nahost hätten manchen nicht nach Europa aufbrechen lassen. Aber wenn es in den dortigen Lagern oft nicht mehr für Essen reicht...

Ein Problem habe ich mit der deutschen Bundesregierung und ihrer gastfreundlichen Kanzlerin, die seit Jahren wissen, dass und warum sich immer mehr Menschen auf den Weg machen. Wegsehen, Aussitzen, Palaver und Schaulaufen der Regierungsparteien, die noch immer keinen Plan haben – das führt weiter in die Krise!

Doch das medienwirksame Zauberwort heißt jetzt „Belastungsgrenze“. So tönen Politiker, die ihre Aufgaben nicht erledigt haben. Ehrenamtliche Helfer, Erstaufnahmeeinrichtungen, Dienststellen und Kommunen sind tatsächlich am Limit. Doch nicht, weil massiv Flüchtlinge kommen, sondern weil von der Regierung noch immer nicht entschlossen gehandelt wird. Jeder Tag, den ein Aufnahmeverfahren länger dauert, jedes Quartal, in dem noch nicht gearbeitet werden darf, kostet öffentliches Geld.

Das spüren Kommunen und ihre Bürger dann direkt. Das Geld reicht oft nicht mehr, um Schulen, Turnhallen oder Straßen zu sanieren. Sozialer Wohnungsbau ist fast zum Fremdwort geworden. Nach Abriss (heute Rückbau genannt) folgen nun Mangel und Preissteigerung. Wo ist der Unterschied, wenn Deutsche oder Flüchtlinge bezahlbare Wohnungen suchen?

Doch noch immer müssen Länder, Kreise und Gemeinden regelrecht betteln, um ihre Mehraufwendungen für die Aufnahme von Flüchtlingen von der Bundesregierung erstattet zu bekommen. Das ist dieselbe Regierung, die darauf verzichtet hat, Superreiche und ihre Deals angemessen zu besteuern.

Vergleichsweise wenig Mehraufwand aber ein großes Interesse an Zuwanderern signalisieren die deutsche Wirtschaft und sogar Behörden. Schon seit einiger Zeit fehlen vor allem demografisch bedingt immer mehr Arbeitskräfte, auch solche, die bereit sind, nahezu jede Arbeit anzunehmen.

Da bleibt also einiges zu tun. EU und Bundesregierung haben die Pflicht, Flucht dort zu bremsen, wo sie beginnt, nicht Flüchtlinge zu bekämpfen. Jeder möglichst rasch an internationalen Brennpunkten eingesetzte Euro kann vor Ort helfen und uns vielfach höhere Ausgaben ersparen.

Wer aber weiter Waffen in Krisengebiete liefert, handelt verantwortungslos.

Es wäre nahezu märchenhaft, da oben tatsächlich eine andere Politik zu machen, anstatt über höhere Grenzzäune und Internierungslager zu streiten. So etwas hat es nicht einmal in den alten Büchern gegeben.

Wilfried Hertel, Vorsitzender der Basisorganisation

Jetzt Sozialberatung bei uns im Dorf

Es hat lange gedauert, doch DIE LINKEN sind drangeblieben. Im Mai 2014 wurde der erforderliche Beschluss gefasst.

Nun gibt es seit dem 1. Oktober 2015 für die Bürger von Petershagen/Eggersdorf das Angebot der Beratung in sozialen Fragen. Dieses soll in erster Linie Familien und Einzelpersonen helfen, die sich in einer Not- oder Konfliktsituation befinden und Rat in persönlichen als auch in finanziellen Angelegenheiten suchen.

Sozialberatung wirkt als Orientierungshilfe klärend und koordinierend im vernetzten System sozialer Hilfen. Schwerpunkte der Arbeit sind die Erstberatung über Existenzsichernde Maßnahmen und soziale Leistungen (z. B. Leistungen nach Sozialgesetzbuch II und XII), die begleitende und qualifizierte Weitervermittlung an andere Fachdienste (wie Schuldner-, Schwangerschafts-, Sucht-, Familien- und Erziehungsberatung) sowie die Beratung im persönlichen und vertraulichen Gespräch.

Dem Klienten bietet sie lösungsorientierte Hilfen bei der Durchsetzung individueller Rechte („Hilfe zur Selbsthilfe“). Die Klientendaten und Beratungsinhalte unterliegen der Schweigepflicht.

In Petershagen finden Sie die Beratungsstelle in der Elbestraße 1 neben dem Jugendklub (Eingang an der Seite). Die Beratungszeiten sind dort dienstags von 9-12 und 14-17 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung (033439/79361).

In Eggersdorf findet die offene Sprechstunde donnerstags von 9-12 Uhr, Am Markt 11 (Galerie), statt.

Ihre Ansprechpartnerin ist Frau Aehlig, Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH)

Klaus Körner

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.



Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz	Wolfgang Zielke
Elbestr. 5	Bötzseestr. 120 b
15370 Petershagen	15345 Eggersdorf